

LANDTAGSWAHLEN

# Zerknülltes Vorbild

An der Allianz mit dem umstrittenen Millionär Marseille könnte die Ausdehnung der Schill-Partei scheitern. In Sachsen-Anhalt kam es deshalb zur Spaltung.

Nach 25 Minuten war die Magdeburger Mission des Ulrich Marseille, 45, gescheitert. Mit Engelszungen hatte der Multimillionär und Inhaber Dutzender Reha-Kliniken, Alten- und Pflegeheime auf den Statthalter der Schill-Partei in Sachsen-Anhalt, Norbert Hoiczky, 41, eingeredet. Hatte den Bundeswehrsoldaten beknielt, ihm Gefolgschaft zu leisten und die Führung beim Parteaufbau im Land zu übernehmen.

Doch kaum hatte Marseille das karg möblierte Büro an der Rogätzer Straße verlassen, da knüllte Hoiczky schon die Plakate seines politischen Vorbilds Ronald Barnabas Schill in den Mülleimer. Schill-Partei? Für Hoiczky nach Marseilles Auftritt abgehakt: „Wenn jemand wie Marseille die Schill-Partei ist, dann ist für mich in der Partei kein Platz mehr.“

Der Einsatz der Geheimwaffe Marseille, der den Wahlkampf in Sachsen-Anhalt mit 50 000 Mark aus der eigenen Kasse unterstützen will, könnte damit für Schill mit einem Rohrkrepiere enden. Denn der umtriebige „Wessi“ Marseille verschreckt im Osten nicht nur Aktivisten der Partei Rechtsstaatlicher Offensive. An seiner Person könnte auch ihr ehrgeizigstes Ziel nach dem Hamburger Erdrutschsieg scheitern: die bundesweite Ausdehnung.

Am vorigen Mittwoch jedenfalls gründeten die Marseille-Kritiker in Magdeburg umgehend eine eigene Partei, mit einem Programm, das dem von Schill weitgehend gleicht, und einem Namen, der wie abgekupfert klingt: Rechtsstaatliche Bürgerpartei. Hoiczky rechnet zwar nur mit einem bescheidenen Ergebnis von zwei bis drei Prozent bei den Landtagswahlen, aber man könne doch „nicht tatenlos zusehen, dass Herr Marseille ungehinderten Zugang zu den Sozialkassen des Landes erhält“.

Die schallende Ohrfeige – bis auf zwei aus dem Magdeburger Aufbaustab

verweigerten alle Hoiczky-Mitstreiter Marseille den Kotau – trifft Parteigründer Schill selbst. Persönlich hatte er den Unternehmer als Koordinator für den Aufbau des Landesverbands auserkoren.

Mit Schill fühlt sich Marseille schicksalsverbunden: „Wir sind zwei Leute, die wissen, was es heißt, ungerecht behandelt zu werden.“ Der beurlaubte „Richter Gnadenlos“ erlebe dies bei seinem Hamburger Prozess wegen Rechtsbeugung, er selbst bei seinen unternehmerischen Aktivitäten im Osten. Und weil sich „viele Leute im Osten in einer ähnlichen Situation fühlen“, verspricht sich Marseille großen Zulauf zur Schill-Partei („30 Prozent sind drin“). Er selbst ist Anfang November beigetreten.

Doch Marseille hat in Sachsen-Anhalt nicht den besten Ruf. Beamten der Stadt Halle und der Landesregierung erscheint er geradezu als der Prototyp des cleveren, aber skrupellosen Wessis. Ein Unternehmer, immer auf den eigenen Vorteil be-

dacht, der öffentliche Stellen gern mit Prozessen überzieht, wenn die Geschäfte für ihn nicht reibungslos laufen.

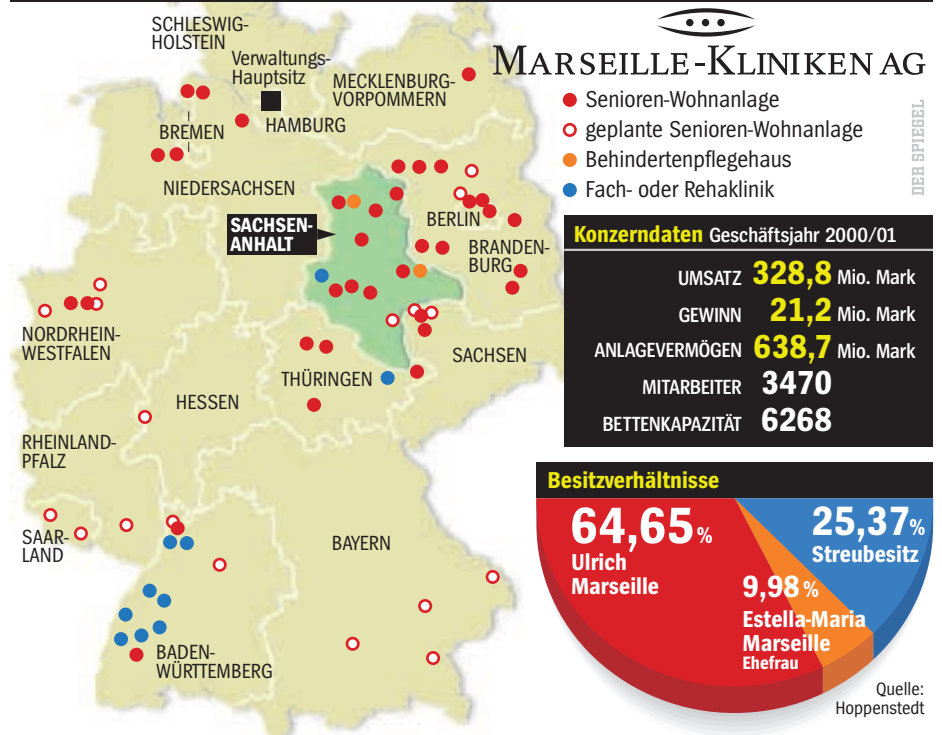
Diese Erfahrung musste das Management der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Halle-Neustadt (GWG) machen. Das städtische Unternehmen verkaufte 1995 und 1996 an Marseille 2700 Plattenbau-Wohnungen für 75 Millionen Mark. Anfangs ein Geschäft, das beide Seiten zufrieden stellte. Marseille zahlte vertragsgemäß, er sanierte, und für den Notartermin in Bremerhaven schickte er GWG-Geschäftsführer Udo Mittinger sogar seinen Privatjet, gratis versteht sich. „Wir hatten ein gutes Verhältnis“, beteuert Marseille.

Doch der Immobiliendeal erwies sich schnell als Zuschussgeschäft. Plattenbauten waren nicht mehr attraktiv, auch bei Marseille standen Wohnungen leer. Gewieft wollte er seine Verluste verringern – auf Kosten der städtischen Wohnungsgesellschaft. Und sah sich dabei im Recht:

Marseille-Klinik\*, Parteifreunde Marseille, Schill  
Aktivisten in Sachsen-Anhalt verprellt



## Das Marseille-Imperium



\* In Blankenburg, Sachsen-Anhalt.

„Von Anfang an gab es Wohnungen, für die nie Miete bezahlt wurde.“

In Halles damaligem Oberbürgermeister Klaus Rauen (CDU) hatte er einen gewichtigen Fürsprecher. Rauen, dessen Kreisverband Marseille mit 40000 Mark sponserte, hatte sich für einen Vergleich eingesetzt. Doch der GWG-Aufsichtsrat winkte ab, aus dem Urlaub heraus setzte Rauen im September 1998 Aufsichtsratschef Wolfgang Heinrich ab.

Im folgenden Jahr spendete das damalige CDU-Mitglied Marseille dem Hallenser Kreisverband nichts mehr, dafür sponserte es mit mehreren hunderttausend Mark die neu gegründete „Mieter- und Bürgerliste“, die bei der Kommunalwahl 1999 mit 7,1 Prozent in den Stadtrat einzog.

Die GWG verklagte Marseille auf Schadensersatz in Höhe von 115 Millionen Mark. Das städtische Unternehmen habe ihm Leerstand und Schabensbefall verschwiegen. Er sei „arglistig getäuscht“ worden. Doch die Richter des 7. Zivilsenats beim Oberlandesgericht Naumburg wiesen seine Klage im August 2000 ab.

Auch beim Engagement für die Schill-Partei dürfte Marseille nicht nur das Wohl des „geschundenen Landes“ Sachsen-Anhalt im Auge haben. Die SPD-geführte Regierung, die er mit Schills scharfen Parolen kippen will, ist ihm aus ganz eigennützigen Motiven nicht genehm. Die Marseille-Kliniken AG betreibt im Land unter anderem acht Senioren-Wohnparks und eine Reha-Klinik. Zum Teil wurden die Häuser am Bedarf und dem Pflegestrukturplan vorbei gebaut.

Dennoch möchte Marseille jetzt nachträglich 100 Millionen Mark Fördermittel. Doch Sozialministerin Gerlinde Kuppe (SPD) stellt sich quer. Fördern will sie – streng nach Gesetz – nur die Einrichtungen, die im Pflegestrukturplan stehen.

Auf der Hauptversammlung des Marseille-Gesundheitskonzerns am vorigen Dienstag in Berlin sorgte die „Verweigerungshaltung“ der Sozialministerin für entsprechenden Unmut. Vorstandschef Wilhelm Hecker, unter CDU-Urgestein Norbert Blüm Staatssekretär im Bundessozialministerium, schäumte vor den Aktionären, dass sogar richterliche Vergleichsangebote vom Sozialministerium „unterlaufen“ würden. Der Versammlung machte Hecker wenig Hoffnung: „Wir müssen uns wohl darauf einstellen, dass es noch etliche Zeit in Anspruch nehmen kann, bis wir auch in Sachsen-Anhalt in puncto Förderung unserer Pflegeeinrichtungen unser Ziel erreichen werden.“

Die 100 Millionen Mark Subventionen könnte Marseille gut gebrauchen. Der jüngste Geschäftsbericht weist für 2001 zwar einen Immobilienbesitz im Wert von 547 Millionen Mark aus, aber auch laufende Kredite in Höhe von 426 Millionen Mark. 82,3 Millionen Mark davon müssen binnen eines Jahres zurückgezahlt werden.

NORBERT F. PÖTZL, ANDREAS WASSERMANN



Kanzleramt in Berlin: „Faustschlag ins Gesicht“

SICHERHEITSKRÄFTE

## Blocken und Falten

Eklat im Bundeskanzleramt: Gerhard Schröders oberster Personenschutz prügelte sich mit einem Polizisten.

Wie ein Rockpalast strahlte das Bundeskanzleramt, eingetaucht in das bunte Licht einer Video-show zum Tag der offenen Tür. „Wir waren in Gerds Wohnzimmer“, jubelte die Leipziger Popgruppe Die Prinzen auf der Bühne, „und in Doris Schlafzimmer.“ Später sangen vor 25000 Popfans noch die No Angels, und selbst Altbarde Udo Lindenberg durfte den „ziemlich coolen Schuppen“ Gerhard Schröders loben.

Der Kanzler als Veranstalter eines friedlichen Open-Air-Festivals, das Berliner Kanzleramt als Kulturereignis – nur am abgesperrten Haupteingang liefen am Abend des 1. September die Dinge aus dem Ruder.

Dort lag Gerhard Schröders oberster Personenschutz, der Referatsleiter der Sicherungsgruppe aus dem Bundeskriminalamt (BKA), mit einem verdrehten Arm auf dem Boden, im Klammergriff eines Bundesgrenzschützers, dem selbst der Schädel brummte. Nach der „Arschloch“-Affäre, die Schröders Berater Michael Steiner den Job kostete, wird der handfeste Streitfall im Kanzler-Umfeld aller Voraussicht nach die Justiz beschäftigen. Der Mann vom Bundesgrenzschutz (BGS) hat einen Anwalt eingeschaltet.

Eine Hundertschaft des BGS war eigens aus dem niedersächsischen Duderstadt nach Berlin gereist, um das Schrödersche Domizil zu sichern. Am späten Abend stand der BGS-Beamte T., 23, am Haupteingang, der zu dieser Zeit bereits geschlossen war. Gegen Mitternacht, so erzählen es Bundesgrenzschützer, sei dann der reichlich aufgedrehte BKA-Kriminaldirektor S. in weiblicher Begleitung am Tor erschienen und habe bestimmt Durchlass begehrt.

Das habe Polizeimeister T. in Erfüllung seines Dienstauftrags verweigert. „Du Wichser“, soll der oberste Schröder-Schützer daraufhin geschimpft haben. Er wolle gefälligst durch. Der Grenzer behauptet, der BKA-Kollege habe sich nicht einmal ausgewiesen. Ein Wort gab das andere.

T. gibt später zu Protokoll, kaum habe er per Funk Verstärkung angefordert, habe ihn ein Faustschlag im Gesicht getroffen. Der Grenzscherz, geübt in Selbstverteidigung, habe daraufhin den BKA-Mann nach den Regeln des Lehrbuchs zu Boden gebracht – mit einer Technik, die Grenzpolizisten scherzhaft „Blocken und Falten“ nennen. Herbeigeeilte BGS-Kollegen, heißt es, hätten die beiden schließlich getrennt.

Nach einer Dienstaufsichtsbeschwerde von T. mühte sich ein Abteilungsleiter des Innenministeriums um Vermittlung – vergebens. In einem Schlichtungsgespräch



Eingangskontrolle im Kanzleramt: „Du Wichser“

verlangte T., der Kriminaldirektor S. solle sich, erstens, öffentlich entschuldigen und, zweitens, einen Betrag an die Polizeistiftung des Bundes abführen. Das schien der Gegenseite unannehmbar. Die Frist für eine Einigung verstrich Ende November.

Für Kriminaldirektor S., der wie T. für eine Stellungnahme nicht zu erreichen war, hat der Vorfall Konsequenzen: Er wird in diesen Tagen vorerst in ein anderes Referat versetzt. Das BKA bestätigt ein „Vorkommnis“, will sich aber zu Details nicht äußern. Die Versetzung sei üblich. Bei „aufklärungsbedürftigen Fällen“ werde prinzipiell so verfahren.

Zumindest das Betriebsklima zwischen den beiden Sicherheitsbehörden hat der Zwischenfall nachhaltig vergiftet. Das sei ein „klassischer 08/15-Fall“, spotten Grenzschützer: „Null Benehmen, null Achtung, aber A-15-Gehalt.“

JÜRGEN DAHLKAMP,  
HOLGER STARK